Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich: Allgemeine Verwaltung	Datum 24.10.2000
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
Niederschrift	
Ausschuß für Anregungen und Beschwerden	Sitzung am 18.10.2000
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr – 18:26 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 30.08.2000 - öffentlicher Teil - 592/2000**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

- 6. Anregung vom 11.04.2000, eine Erschließungsstraße in Refrath mit dem Namen Am Steinboden zu versehen**
Antragsteller: ETG Klein, vertreten durch Herrn Diplomingenieur Helmut Klein, Siebenmorgen 6a, 51427 Bergisch Gladbach
587/2000
- 7. Anregung vom 01.09.2000, den Anleinzwang für Hunde im gesamten Stadtgebiet durchzusetzen**
Antragsteller: Ernstfried Protzmann, Burgplatz 4, 51427 Bergisch Gladbach
578/2000
- 8. Anregung vom 28.03.2000, die Basket- bzw. Streetballanlage im Bereich der KOT Schildgen, Am Schild 31, zu schließen**
Antragsteller: a) Ingrid Kaufmann, Am Schild 12, 51467 Bergisch Gladbach und b) Constanze & Reiner Baum, Am Schild 14, 51467 Bergisch Gladbach
590/2000
- 9. Anregung vom 24.08.2000, an der Wilhelm- Wagener- Schule für Lernbehinderte eine feste Stelle für eine Sozialpädagogin/ einen Sozialpädagogen einzurichten**
Antragsteller: Schulpflegschaft der Wilhelm- Wagener- Schule, c/o Brigitte Le-maire, Richard- Zörner- Str. 42, 51429 Bergisch Gladbach
630/2000
- 10. Anregung vom 20.03.2000 zur Neuorganisation des Sportunterrichtes an der katholischen Grundschule Frankenforst**
Antragsteller: Dr. Peter Jürgens, An der Wallburg 27, 51427 Bergisch Gladbach, und andere
588/2000
- 11. Anregung vom 19.09.2000, in der Schule Im Kleefeld Instandsetzungsarbeiten durchzuführen**
Antragsteller: Herbert Theisen, Weizenfeld 76, 51467 Bergisch Gladbach
625/2000
- 12. Anregung vom 22.01.2000, die bestehende Stichstraße Drecker Wiese in eine Spielstraße umzuwandeln**
Antragsteller: Sabine Lange und Thomas Held, Drecker Wiese 7, 51469 Bergisch Gladbach
591/2000
- 13. Anregung vom 28.09.2000 (Eingang), die Straße Unterhebborn zur Spielstraße**

zu erklären

Antragsteller: Sabine & Uwe Müller, Unterhebborn 9a, 51467 Bergisch Gladbach, und andere

655/2000

14. **Anregung vom 30.08.2000, die Straße Zur Hardt zu einer reinen Anwohner-/ Spielstraße zu erklären**
Antragsteller: Anwohner der Straße Zur Hardt, c/o Anette Schlüter, Zur Hardt 1, 51429 Bergisch Gladbach
584/2000

15. **Anregung vom 17.08.2000 verschiedene Grundstücke im Außenbereich nahe der Ortschaft Ottoherscheid einer Wohnbebauung zuzuführen**
Antragsteller: Eigentümergeinschaft Ottoherscheid, c/o Anneliese Enkler, Groß Hohn 23, 51429 Bergisch Gladbach
549/2000

16. **Anregung vom 29.08.2000, für eine Bebauung verschiedener Grundstücke im Bereich der Vinzenz- Feckter- Str. die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
Antragsteller: Dr. Horst Röhrig, Duckterather Wg 57 b, 51469 Bergisch Gladbach
585/2000

17. **Anregung vom 22.08.2000, die Kauler Str. mit mehreren Aufpflasterungen zu versehen**
Antragsteller: Dagmar Roth, Schloßfeldweg 11, 51429 Bergisch Gladbach
589/2000

18. **Anregung vom 27.10.1997 auf Errichtung einer Lichtsignalanlage für Fußgänger im Zuge der Straße Strassen (L 289)**
Antragsteller: Ingrid Niens, Herlen 2, 51429 Bergisch Gladbach, für den Seniorenkreis der evangelischen Kirchengemeinde Herkenrath
595/2000

19. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Dr. Kassner, eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Ausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -

Herr Wolfgarten weist darauf hin, daß seine Anfrage aus der vergangenen Sitzung zur Verteilung von verkehrsrechtlichen Verwarnungen im Bereich der Burgstraße bislang nicht erledigt wurde. Ihm sei das Ergebnis der zugesicherten Prüfung hinsichtlich der Beschränkung der Sperrzeiten noch nicht zugeleitet worden.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer sichert zu, dies umgehend nachzuholen.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 30.08.2000 - öffentlicher Teil -

Herr Dr. Kassner gibt zu Punkt 17 bekannt, daß die Familie Weisbrodt ihre Anregung inzwischen schriftlich zurückgezogen habe. Damit sei die Angelegenheit auch für den Ausschuß erledigt.

Unter Bezugnahme auf den Durchführungsvermerk zu Punkt 7 merkt Herr Dr. Kassner an, daß in der Presse über die Errichtung eines Veranstaltungs- und Festsaales im Bereich des Schlotterdicher Weges durch einen türkischen Verein berichtet wurde.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, daß die Berichterstattung nicht korrekt erfolgte. Die Verwaltung werde daher im kommenden Planungsausschuß darüber informieren, was auf dem benannten Grundstück tatsächlich bauaufsichtlich genehmigt wurde.

Im übrigen nimmt der Ausschuß den Bericht zur Kenntnis.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß nach Abschluß der Tagesordnung sechs weitere Anregungen nach § 24 Abs. 1 GO NW eingegangen seien. Diese würden Gegenstand der kommenden Sitzung des Ausschusses am 29.11.2000 sein.

5 **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Es gibt keine Mitteilungen.

6 **Anregung vom 11.04.2000, eine Erschließungsstraße in Refrath mit dem Namen Am Steinboden zu versehen**
Antragsteller: ETG Klein, vertreten durch Herrn Diplomingenieur Helmut Klein, Siebenmorgen 6a, 51427 Bergisch Gladbach

Der Ausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregung hat sich mit dem Beschluß des Hauptausschusses vom 05.09.2000 erledigt.

7 **Anregung vom 01.09.2000, den Anleinzwang für Hunde im gesamten Stadtgebiet durchzusetzen**
Antragsteller: Ernstfried Protzmann, Burgplatz 4, 51427 Bergisch Gladbach

Fachbereichsleiter Widdenhöfer informiert darüber, daß das Land die neue Landes-hundeverordnung unter dem 13.10.2000 erlassen habe. Die Verwaltung habe den Text inzwischen dem Internet entnommen, da sie auf dem Postweg noch nicht zugestellt wurde. Die Verordnung selbst umfasse 12 Paragraphen, die Verwaltungsvorschriften hierzu hingegen 36 Seiten. Die Verordnung gebe den Kommunen zwar Freiraum für zusätzliche Regelungen, jedoch dürften sich diese nicht auf den Inhalt des § 1, das heißt auf das Halten gefährlicher Hunde, beziehen. Dem Hauptausschuß und dem Rat werde für die Dezembersitzungen eine Vorlage zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung unterbreitet.

Herr Effertz kritisiert, daß die Stellungnahme der Verwaltung sehr allgemein gehalten wurde. Seiner Auffassung nach hätte auf den Antragsgegenstand konkreter eingegangen werden müssen, ohne das die Verwaltung sich festlegt.

Herr Freese hält eine Behandlung des Vorganges im Hauptausschuß für sinnvoll.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Die Anregung wird an den Hauptausschuß überwiesen.**
2. **Die Anregung hat sich erledigt.**

Herr Dr. Kassner bittet darum, den Ausschuß über das Ergebnis der Beratungen im Hauptausschuß und im Rat zu informieren.

8 **Anregung vom 28.03.2000, die Basket- bzw. Streetballanlage im Bereich der KOT Schildgen, Am Schild 31, zu schließen**
Antragsteller: a) Ingrid Kaufmann, Am Schild 12, 51467 Bergisch Gladbach und b) Constanze & Reiner Baum, Am Schild 14, 51467 Bergisch Gladbach

Frau Graner möchte wissen, wie die Öffnungszeiten der KOT Schildgen sind.

Herr Dr. Kassner sichert zu, die Öffnungszeiten in der Niederschrift über die Sitzung mitzuteilen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregung hat sich erledigt.

(Hinweis: Die Öffnungszeiten der KOT Schildgen sind montags von 14:00-20:00, dienstags von 14:00-17:30, mittwochs von 14:00-20:00, donnerstags von 14:00-19:30 und freitags von 14:00-20:00)

- 9 **Anregung vom 24.08.2000, an der Wilhelm- Wagener- Schule für Lernbehinderte eine feste Stelle für eine Sozialpädagogin/ einen Sozialpädagogen einzurichten**
Antragsteller: Schulpflegschaft der Wilhelm- Wagener- Schule, c/o Brigitte Lemaire, Richard- Zörner- Str. 42, 51429 Bergisch Gladbach

Herr Dr. Miede ist mit einer Behandlung des Vorganges entsprechend der Stellungnahme der Bürgermeisterin einverstanden.

Herr Dr. Kassner ergänzt, daß die Überweisung mit der Empfehlung des Ausschusses einhergehe, dem Antragsbegehren zu folgen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregung wird an die Fachausschüsse überwiesen.

- 10 **Anregung vom 20.03.2000 zur Neuorganisation des Sportunterrichtes an der katholischen Grundschule Frankenforst**
Antragsteller: Dr. Peter Jürgens, An der Wallburg 27, 51427 Bergisch Gladbach, und andere

Der Ausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregung hat sich erledigt.

- 11 **Anregung vom 19.09.2000, in der Schule Im Kleefeld Instandsetzungsarbeiten durchzuführen**
Antragsteller: Herbert Theisen, Weizenfeld 76, 51467 Bergisch Gladbach

Verwaltungsmitarbeiter Pütz erklärt, daß er die sanitären Anlagen der Schule am heutigen Tage um 13.30 Uhr persönlich kontrolliert habe. Es bestehe keinerlei Reparaturbedarf. Alle Toiletten seien in einem einwandfreien Zustand.

Herr Jung möchte wissen, ob die Toiletten auch zum Zeitpunkt der Antragstellung in

Ordnung gewesen seien.

Herr Freese empfiehlt, die einzelnen Beschwerdepunkte in direktem persönlichem Kontakt mit dem Antragsteller abzuarbeiten.

Verwaltungsmitarbeiter Pütz schließt nicht aus, daß es vor den Herbstferien tatsächlich Reparaturbedarf an den sanitären Anlagen gab. Dies sei jedoch in den Ferien erledigt worden.

Herr Buchholz weist darauf hin, daß im Schulzentrum zwei Schulen untergebracht seien. Er wisse, daß in den Herbstferien erhebliche Instandsetzungsarbeiten durchgeführt wurden. Insofern gehe er davon aus, daß sich die Angelegenheit erledigt habe.

Herr Jung bittet darum sicher zu stellen, daß durch die Schulen notwendiger Reparatur- oder Sanierungsbedarf so schnell wie möglich an die zuständigen Stellen der Verwaltung gemeldet wird. Nur eine zügige Kommunikation zwischen den jeweiligen Schulen und der Verwaltung ermögliche ein rasches Reagieren auf Beschwerden wie die vorliegenden.

Herr Dr. Miede empfiehlt, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Notwendige Reparaturmaßnahmen würden von den Schulen im allgemeinen auf dem kurzen Dienstweg, das heißt telefonisch mitgeteilt.

Herr Schneeloch möchte wissen, ob die Sitzbänke repariert wurden.

Verwaltungsmitarbeiter Pütz antwortet, daß die Schäden an den Bänken inzwischen durch einen Schreiner aufgenommen wurden. Erlaube es der Unterhaltungstitel der Schule, diese zu reparieren, so werde dies geschehen. Andernfalls werde man die Bänke entfernen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Die Verwaltung wird gebeten, den Antragsteller über die Erledigung der von ihm aufgezeigten Mängel zu informieren.**
2. **Es wird zur Kenntnis genommen, daß die Sitzbänke repariert werden, wenn der Unterhaltungstitel der Schule dies erlaubt. Andernfalls werden sie entfernt.**
3. **Die Anregung hat sich erledigt.**

12 **Anregung vom 22.01.2000, die bestehende Stichstraße Drecker Wiese in eine Spielstraße umzuwandeln**
Antragsteller: Sabine Lange und Thomas Held, Drecker Wiese 7, 51469 Bergisch Gladbach

Herr Dr. Kassner sieht den Vorgang noch nicht als erledigt an, da hinsichtlich der Anlegung eines Spielplatzes noch keine Klarheit bestehe.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß die Anregung, den Spielplatz anzulegen, nicht

von Frau Lange und Herrn Held beantragt wurde. Es habe sich vielmehr um einen Gegenvorschlag der Eheleute Mauß gehandelt, die sich im übrigen gegen die Schaffung des verkehrsberuhigten Bereiches ausgesprochen hatten. Der Vorgang könne auf Grund dessen durchaus abgeschlossen werden zumal die Verwaltung die Realisierung des Spielplatzes im Auge behalte. Die Umgestaltung im Einmündungsbereich der Straße werde derzeit vollzogen. Nach ihrem Abschluß würden unverzüglich die Verkehrszeichen 325/326 aufgestellt.

Frau Alef geht davon aus, daß der Spielplatz nicht vergessen werde, da sein Bedarf in den Spielplatzplan aufgenommen wurde.

Herr Wolfgarten möchte konkret wissen, wann der Bedarf für den Spielplatz abschließend geprüft sei.

Herr Dr. Kassner stellt fest, daß nur noch fraglich sei, an welcher Stelle der Spielplatz realisiert werde.

Stadtbaurat Schmickler schlägt vor, daß die Verwaltung die genaueren Daten hinsichtlich der Realisierung des Spielplatzes im Sitzungsprotokoll mitteilt.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregungen haben sich erledigt.

(Hinweis: Der Standort des Spielplatzes wird derzeit noch geprüft.)

13 **Anregung vom 28.09.2000 (Eingang), die Straße Unterhebborn zur Spielstraße zu erklären**
Antragsteller: Sabine & Uwe Müller, Unterhebborn 9a, 51467 Bergisch Gladbach, und andere

Fachbereichsleiter Widdenhöfer informiert darüber, daß sich zwar eine Mehrheit der Anlieger für die Anlegung einer Spielstraße ausgesprochen habe, es jedoch auch Gegenstimmen gebe. Eine Familie habe gegen eine solche Maßnahme bereits Rechtsmittel angekündigt. Sie begründe dies mit dem hohen Parkdruck und der damit automatisch gegebenen Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten. Zudem gebiete die Straßenverkehrsordnung eine angepaßte Fahrweise.

Die Straße sei in der Tat sehr schmal und werde im Einmündungsbereich der Odenthaler Straße noch zusätzlich eingeengt. Hier bestehe schon das Problem, die notwendigen Schilder überhaupt anbringen zu können. Werde die Straßenverkehrsordnung eingehalten, könne man in der Straße tatsächlich nur langsam fahren. Die Straßenverkehrsbehörde habe allerdings noch keine abschließende Entscheidung getroffen, sondern wolle die Angelegenheit in der Örtlichkeit mit den Anliegern besprechen. Die Anordnung einer Spielstraße habe zur Konsequenz, daß dann nur noch in besonders gekennzeichneten Bereichen geparkt werden könne. Es bestehe zusätzlich

die Schwierigkeit, solche Stellplätze überhaupt in der Straße ausweisen zu können. Das Resultat werde ein Entfallen des jetzigen Stellplatzangebotes sein.

Herr Freese regt an, im vorliegenden Falle analog der Einrichtung der Fußgängerzone Nußbaumer Straße zu verfahren. Hier sei seinerzeit eine Anordnung zur Einhaltung von 10 km/h ergangen. Das Parken sei dort in den vorhandenen Freiräumen möglich, ohne daß besondere Stellflächen ausgewiesen wurden. Es bedürfe somit nicht unbedingt der Einrichtung einer Spielstraße.

Herr Buchholz ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden. Er weist darauf hin, daß die Angelegenheit im Falle einer Entscheidung im Sinne der Petenten zu einem Präzedenzfall werden könne. Es gebe im Stadtgebiet eine ganze Reihe von Straßen, für die deren Anlieger gleichlautende Anregungen unterbreiten könnten. Diese müßten dann vor dem Hintergrund des Gleichheitsgrundsatzes ebenfalls positiv beschieden werden.

Herr Dr. Kassner begrüßt die vorgeschlagene Vorgehensweise als bürgerfreundlich.

Als Antragsteller erläutert Herr Müller, daß Ziel der Anregung lediglich ein verkehrsberuhigter Bereich gewesen sei. Es müsse nicht unbedingt eine Spielstraße realisiert werden. Es würde den Anliegern reichen, wenn eine Geschwindigkeitsbegrenzung entsprechend den soeben gemachten Ausführungen angeordnet werde. Derzeit hielten die meisten Autofahrer in der Straße die notwendige angepaßte Geschwindigkeit nicht ein. Es habe bereits zu Unfällen geführt.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

- 1. Der Ausschuß für Anregungen und Beschwerden erklärt sich mit der von der Verwaltung vorgesehenen Vorgehensweise, die Angelegenheit in der Örtlichkeit unter Einbindung der Anlieger zu entscheiden, für einverstanden.**
- 2. Die Bürgermeisterin als Straßenverkehrsbehörde wird gebeten, den Ausschuß über die Entscheidung in der Angelegenheit zu unterrichten, damit der Vorgang auch formell abgeschlossen werden kann.**

14 Anregung vom 30.08.2000, die Straße Zur Hardt zu einer reinen Anwohner- / Spielstraße zu erklären
Antragsteller: Anwohner der Straße Zur Hardt, c/o Anette Schlüter, Zur Hardt 1, 51429 Bergisch Gladbach

Fachbereichsleiter Widdenhöfer informiert darüber, daß die Antragsteller ihren Antrag nochmals modifiziert hätten. Beantragt werde nunmehr die Aufstellung des Zeichens 283 StVO (Halteverbot), zeitlich beschränkt von 8.00 Uhr – 18.00 Uhr an Werktagen. Die Straße werde derzeit hauptsächlich durch die Bediensteten des Schlosses zugeparkt. Die Straßenverkehrsbehörde habe keine Bedenken, dem statt zu geben.

Herr Buchholz ist erstaunt über den hohen Parkdruck, obwohl für den Hotelbetrieb im Schloß ein Stellplatznachweis geführt wurde. Er weist darauf hin, daß im rückwärti-

gen Bereich des Schlosses Seminar- und Veranstaltungsräume entstünden, die wiederum einen zusätzlichen Stellplatzbedarf auslösten.

Herr Jung möchte wissen, wo nach Anordnung des Halteverbotes die Besucher der Anwohner ihre PKW abstellen sollen. Die Anwohner hätten nur teilweise ausreichend Platz auf ihren Grundstücken.

Die Antragstellerin erklärt, daß der hohe Parkdruck mit der Eröffnung des Hotels entstanden sei. Dieses habe für seine Bediensteten offenbar keine Stellplätze, so daß diese zum Parken außerhalb des Geländes gezwungen würden. Die 120 Tiefgaragenplätze stünden lediglich den Gästen zur Verfügung. Die Aufstellung der Zeichen 325/326 hielten PKW- Fahrer nicht davon ab, ihr Fahrzeug trotzdem in der Straße abzustellen. Viele wüßten nicht, daß ein verkehrsberuhigter Bereich gleichbedeutend mit einem Halteverbot sei. Die neuentstehenden Sitzungs- und Tagungsräume würden den Parkdruck nochmals verstärken. Insgesamt seien für die neuentstandenen Nutzungen im Bereich des Schlosses viel zu wenig Stellplätze nachgewiesen worden.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß der Stellplatznachweis für die Gesamtnutzung des Schlosses korrekt geführt wurde. Insgesamt seien 149 Stellplätze nachgewiesen worden, von denen sich 116 in der Tiefgarage befänden. Die Bauaufsicht habe keinen Einfluß darauf, wenn die Hotelleitung ihren Angestellten die Nutzung der Stellplätze verbiete. Ähnliche Situationen gebe es auch in anderen Bereichen. Denkbar seien lediglich Lösungen über das Straßenverkehrsrecht.

Frau Graner merkt an, daß das gesamte Zentrum von Bensberg von einem hohen Parkdruck betroffen sei. Da noch nicht alle baulichen Maßnahmen abgeschlossen seien, gehe sie davon aus, daß sich diese Situation zu einem späteren Zeitpunkt entspannt. In der Straße Zur Hardt sei eine besondere Problematik gegeben. Sie möchte wissen, ob man diese nicht als reine Anliegerstraße ausweisen könne.

Herr Binding hat Verständnis für die Situation der Bediensteten, die aufgrund ihrer ungünstigen Arbeitszeiten zum größten Teil den öffentlichen Personennahverkehr nicht nutzen könnten. Es sei notwendig, für diese Stellplätze in der unmittelbaren Umgebung bereit zu halten. Nicht zuzumuten sei ihnen, nach einem 10 bis 14stündigen Arbeitstag längere Wegstrecken zu ihrem PKW zurückzulegen. Die gebührenpflichtigen Parkplätze im Bensberger Zentrum stellten keine Lösung dar.

Herr Freese schlägt vor, in der Straße ein Anwohnerparken mit Ausweis einzuführen. Dies regle nicht nur die Parkproblematik in der Straße, sondern verschaffe der Stadt zusätzliche Einnahmen. Ein Halteverbot schließe sowohl für Besucher als auch die Anlieger ein Parken aus.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer erläutert, daß im Straßenraum nur wenige Fahrzeuge parken könnten. Der hohe Parkdruck führe allerdings dazu, daß Einfahrten zugeparkt würden. Er habe mit dem Direktor des Schlosses inzwischen ein Gespräch geführt und die Bitte geäußert, die Bediensteten von einem Parken in der Straße abzuhalten. Möglich sei es zum Beispiel für die Frühschicht, in der Schloßberggarage zu parken. Im Falle der zusätzlichen Anordnung „Anliegerfrei“ könne ein Mißbrauch weder durch die örtliche Ordnungsbehörde noch durch die Polizei kontrolliert werden. Die Anordnung eines Anwohnerparkens sei unverhältnismäßig, da ein solches lediglich 2 oder 3 Stellplätze im Straßenraum betreffen könnte. Es würde im übrigen auch nur

einzelnen Personen dienen. Die Anordnung des Halteverbotes sei der geeignetste Weg, der Problematik abzuweichen.

Herr Jung ist nicht damit einverstanden, daß im Falle eines Halteverbotes die Besucher der Anlieger gezwungen werden, ihre PKW in anderen Straßen abzustellen. Auch er geht davon aus, daß sich die allgemeine Situation nach Fertigstellung der Baumaßnahmen entspannen werde. Er schlägt vor, die Angelegenheit zunächst weiter zu beobachten und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt Maßnahmen zu ergreifen.

Frau Schlüter ergänzt, daß die Anwohner nicht auf ein Parken im Straßenraum angewiesen seien. Sie verfügten auch für Gäste über Abstellmöglichkeiten auf den eigenen Grundstücken.

Herr Buchholz bittet Fachbereichsleiter Widdenhöfer, ein weiteres Gespräch mit der Hotelleitung zu führen mit dem Ziel, daß diese für eine Übergangszeit etwa 20 bis 50 Stellplätze in der Hoteltiefgarage für die Bediensteten zur Verfügung stellt. Dies könne während der baulichen Maßnahmen zu einer Entspannung führen.

Herr Wolfgarten schlägt vor diesem Hintergrund vor, in der Straße lediglich die 2 bis 3 möglichen Stellplätze zu markieren und auf weitere Maßnahmen zu verzichten.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer bewertet dies als mögliche Lösung im Sinne der Anwohner.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

- 1. Die Bürgermeisterin als Straßenverkehrsbehörde wird gebeten, im öffentlichen Straßenraum der Straße Zur Hardt mögliche Stellplätze zu markieren.**
- 2. Der Anregung ist mit dieser Maßnahme entsprochen.**

**15 Anregung vom 17.08.2000 verschiedene Grundstücke im Außenbereich Nahe der Ortschaft Ottoherscheid einer Wohnbebauung zuzuführen
Antragsteller: Eigentümergemeinschaft Ottoherscheid, c/o Anneliese Enkler, Groß Hohn 23, 51429 Bergisch Gladbach**

Herr Buchholz schlägt vor, im Planungsausschuß eine allgemeine Diskussion darüber zu führen, inwieweit Flächen im Außenbereich der Stadt einer Bebauung zugeführt werden können. Diese Diskussion solle auch den hier vorgeschlagenen Bereich mit umfassen.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß eine Bebauung im Außenbereich entweder über Satzungsrecht oder im Wege der Einzelentscheidung nach § 35 des Baugesetzbuches möglich sei. Er geht davon aus, daß Satzungsrecht nur noch an ganz wenigen Stellen im Stadtgebiet greifen könne. Auch die Möglichkeiten nach der oben genannten Norm seien in den vergangenen Jahren eher enger geworden.

Herr Buchholz hält dennoch die von ihm angeregte allgemeine Diskussion für notwendig.

Stadtbaurat Schmickler hat keine Bedenken, diese Diskussion zu führen. Im vorliegenden Falle handele es sich jedoch um eine eindeutige Angelegenheit, für die er keine Genehmigungsgrundlage sehe. Es bestehe zwar die theoretische Möglichkeit, mit der Bezirksregierung bereits im Vorfeld die Genehmigungsfähigkeit einer Satzung abzuklären. Das Ergebnis liege seiner Auffassung nach jedoch bereits jetzt auf der Hand.

Sodann faßt der Ausschuß folgenden **Beschluß**:

1. Der Ausschuß für Anregungen und Beschwerden empfiehlt dem Planungsausschuß, eine allgemeine Diskussion über noch mögliche Bebauungen im Außenbereich des Bergisch Gladbacher Stadtgebietes zu führen. Die Verwaltung sollte hierfür das Entsprechende vorbereiten.

2. Die Anregung hat sich damit erledigt.

16 **Anregung vom 29.08.2000, für eine Bebauung verschiedener Grundstücke im Bereich der Vinzenz- Feckter- Str. die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
Antragsteller: Dr. Horst Röhrig, Duckterather Wg 57 b, 51469 Bergisch Gladbach

Herr Buchholz möchte wissen, ob die in Rede stehende Fläche schon einmal Gegenstand eines früheren Bauleitplanes war und aus diesem herausgenommen wurde.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit ist dies nicht bekannt. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kassner bestätigt sie, daß der Antragsteller inzwischen einen rechtmittelfähigen Ablehnungsbescheid zu seiner Bauvoranfrage erhalten habe.

Herr Dr. Röhrig erläutert, daß man ihm den Weg der Anregung nach § 24 Abs. 1 GO NW in der Verwaltung empfohlen habe. Befinden solle der Ausschuß heute nicht über seinen Einzelantrag, sondern über ein Bauleitplanverfahren für den Bereich.

Herr Freese weist darauf hin, daß in einem benachbarten Bereich die Abholzung eines Waldes letztendlich zur Schaffung von Bauland geführt habe. Das dort durchgeführte Bauleitplanverfahren sei natürlich geeignet, auch den für in Rede stehenden Bereich Begehrlichkeiten zu wecken. Er empfiehlt, daß der Antragsteller hinsichtlich des Ablehnungsbescheides seine Rechtsmittel ausschöpft und sich der Ausschuß gegebenenfalls einem späteren Zeitpunkt nochmals mit der Angelegenheit befaßt. Ein Bauleitplanverfahren komme für ihn nicht in Betracht.

Frau Alef stellt sich für die KIDinitiative die Frage, wer man sein muß bzw. welche Personen man kenne müsse, um für seine Grundstücke eine Bebauungsmöglichkeit zu erreichen. Ihrer Auffassung nach sei eine einheitliche Handhabung bei der Schaffung von Baurechten im Stadtgebiet nicht erkennbar. Im Grundsatz müßten hintere Bereiche von Grundstücken von einer Bebauung freigehalten werden.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß es sich bei dem größten Teil seiner Grundstücke nicht um Wald handele. Zudem stehe dort ein sanierungsbedürftiges Haus. Er

weist auf das Verfahren zum Bauleitplan Nr. 1335 – Am Dickholz – hin, durch das im benachbarten Bereich neues Baurecht geschaffen werde.

Auf nochmalige Nachfrage von Herrn Buchholz geht Fachbereichsleiterin Müller-Weit davon aus, daß über die in Rede stehenden Flächen gegebenenfalls in Zusammenhang mit dem Bauleitplanverfahren Nr. 11/3 – Westliche Krabb - geredet wurde. Sie sichert zu, diese Frage zu klären, damit sich der Ausschuß in seiner kommenden Sitzung nochmals mit dem Vorgang befassen könne.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Entscheidung über die Anregung wird vertagt.

17 **Anregung vom 22.08.2000, die Kauler Str. mit mehreren Aufpflasterungen zu versehen**
Antragsteller: Dagmar Roth, Schloßfeldweg 11, 51429 Bergisch Gladbach

Frau Graner bestätigt, daß die Antragstellerin mit der vom Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 23.08.2000 getroffene Entscheidung einverstanden ist. Sie habe allerdings angeregt, den entfallenden Stellplatz im Bereich des Gebäudes Kauler Straße 47 an anderer Stelle neu auszuweisen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Anregung hat sich mit dem Beschluß des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 23.08.2000 erledigt.

18 **Anregung vom 27.10.1997 auf Errichtung einer Lichtsignalanlage für Fußgänger im Zuge der Straße Strassen (L 289)**
Antragsteller: Ingrid Niens, Herlen 2, 51429 Bergisch Gladbach für den Seniorenkreis der evangelischen Kirchengemeinde Herkenrath

Herr Freese weist auf den Unfallschwerpunkt im Einmündungsbereich der Straße „Hecken“ in die Straße „Strassen“ hin. Dies habe zu einer Sensibilisierung der Leitung des benachbarten Kindergartens geführt. Die Verwaltung habe sich in den vergangenen Jahren erfolglos bemüht, durch einen Ankauf von Straßenland diesen Unfallschwerpunkt zu entschärfen. Die Eigentümer seien nicht bereit, die notwendigen Flächen zu veräußern. Auch wenn sich die nächste Lichtsignalanlage etwa 150 m entfernt vom Kindergarten befinde, müsse man davon aus gehen, daß die meisten Personen, die die Straße im Bereich des Kindergartens überqueren wollten, nicht bis zu dieser und anschließend wieder zurück liefen. Er schlägt vor, die Anregung zwar formell abzuschließen, den Antragsteller jedoch zuzusichern, daß sich die Verwaltung weiterhin um einen Erwerb des Straßenlandes bemühe.

Auch Frau Alef hält solche Bemühungen für sinnvoll, da ein Überqueren der Straße im Bereich des Kindergartens gefährvoll sei.

Herr Wolfgarten erklärt, daß die Kinder des Kindergartens in der Regel durch ihre

Eltern gebracht und wieder abgeholt würden. Älteren Mitbürgern sei es zuzumuten, die Lichtsignalanlage im Bereich Strassen/Ball zu benutzen.

Sodann faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

- 1. Die Verwaltung wird gebeten, zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes Strassen/Hecken auch weiterhin nicht in ihren Bemühungen nachzulassen, notwendigen Straßenlanderwerb zu tätigen.**
- 2. Die Anregung hat sich erledigt.**

19 Anfragen der Ausschusmitglieder

Anfrage zur Straße „Im Luchsfeld“ und zur Parkplatzproblematik in Bensberg

Herr Binding weist darauf hin, daß die Straße „Im Luchsfeld“ derzeit umgebaut werde, um sie zur Spielstraße erklären zu können. Er möchte hierzu wissen, ob inzwischen eine Endabnahme erfolgt ist. Wenn ja, habe die Verwaltung bei dieser offensichtlich einige Mängel übersehen. Weiterhin fragt er an, wann das Schild mit dem Zeichen 325 aufgestellt werde. Derzeit werde in der Straße so geparkt, daß selbst Müllfahrzeuge diese nicht mehr passieren könnten. Dies habe zur Konsequenz, daß die Anlieger ihren Hausmüll selbst zur Ladestation bringen müßten.

Zusätzlich fragt er an, ob es möglich sei, die eben diskutierte Parkplatzproblematik im Bereich des Bensberger Zentrums in die Rahmenplanung für Bensberg mit einzubeziehen.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit bestätigt, daß die Parkplatzproblematik in die Rahmenplanung für Bensberg mit einbezogen wird.

Anfrage zur Schloßberggarage

Herr Freese weist darauf hin, daß in der Schloßberggarage aufgrund der Bedürfnisse der Wirtschaftsschule Küsters ein 6-stündiges Parken zugelassen wurde. Inzwischen habe der Parkdruck in Bensberg allerdings erheblich zugenommen. Dies habe zur Konsequenz, daß man ab etwa 8 Uhr morgens bereits keinen Stellplatz mehr dort finde. Auf der anderen Seite gehe er davon aus, daß es auch hier Langzeitparker gebe, die in den Pausen ihre Parkscheibe neu einstellten. Er möchte wissen, ob die Problematik der Verwaltung bekannt sei und ob sie Möglichkeiten einer Abhilfe sehe.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer antwortet, daß die Schloßberggarage im Gegensatz zu früheren Zeiten inzwischen gut angenommen werde. Die Verwaltung habe auf Anregung der SPD- Fraktion im oberen Deck eine verkürzte Parkzeit von 1 Stunde eingeführt. In den unteren Bereichen sei es bei 6 Stunden geblieben. Die Situation werde derzeit beobachtet. Ergebe sich die Notwendigkeit von Änderungen, werde die Verwaltung handeln.

Herr Dr. Kassner schließt die öffentliche Sitzung.